

Anzeige gegen französisch-israelischen Soldaten: Die französische Justiz muss eine Untersuchung einleiten

Palestinian Center for Human Rights, pchrgaza.org, 17.12.24

Hunderte von israelischen Soldaten, die an Verbrechen im Gazastreifen beteiligt gewesen sein sollen, haben die doppelte französisch-israelische Staatsbürgerschaft. In Frankreich wurden jedoch noch keine Ermittlungen begonnen. Unsere Organisationen fordern die sofortige Einleitung einer Untersuchung gegen einen von ihnen, Yoel O.

Die Einleitung von Ermittlungen zu Verbrechen, die von Bürgern mit doppelter Staatsbürgerschaft in der israelischen Armee begangen wurden, ist ein wesentlicher Bestandteil der juristischen Antwort, die auf die vom Staat Israel in Gaza begangenen Massengräuelaten gegeben werden muss“, erklärten Alexis Deswaef, Anwalt der Kläger und Vizepräsident der FIDH, und Clémence Bectarte, Anwältin und Koordinatorin der *Litigation Action Group* der FIDH

Paris, 17. Dezember 2024. Die *Internationale Föderation für Menschenrechte (FIDH)* und ihre palästinensischen und französischen Mitgliedsorganisationen *Al-Haq*, *Al Mezan*, das *Palästinensische Zentrum für Menschenrechte (PCHR)* und die *LDH (Ligue des droits de l'Homme)* haben heute bei der Abteilung für Kriegsverbrechen des Pariser Tribunals eine Zivilklage gegen Yoel O. eingereicht, einen französisch-israelischen Soldaten, der im Gazastreifen während der andauernden israelischen völkermörderischer Kampagne gegen die Palästinenser diente. Ihm werden Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Völkermord, Folter und Mittäterschaft bei diesen Verbrechen gegen Palästinenser in israelischem Gewahrsam vorgeworfen.

Diese Zivilklage stützt sich auf ein Video, das aus mehreren Szenen besteht, die in sozialen Netzwerken veröffentlicht wurden. Das Video zeigt, wie palästinensische Häftlinge in weißen Overalls, mit gefesselten Händen und verbundenen Augen, in französischer Sprache beschimpft werden. Mindestens einer der Gefangenen zeigt sichtbare Anzeichen von Folter. Yoel O. ist vermutlich der Autor dieses Videos.

Issam Younis, der Direktor von *Al Mezan*, erklärte: „Wir haben den französischen Justizbehörden Zeugenaussagen von palästinensischen Opfern vorgelegt, die in israelischem Gewahrsam schweren Formen der Folter ausgesetzt waren. Diese Schilderungen decken sich weitgehend mit den im Video gezeigten Methoden, was den systematischen Charakter dieser Handlungen verdeutlicht und eine staatlich sanktionierte Politik widerspiegelt. Diese Beweise unterstreichen die dringende Notwendigkeit, gegen diese Verbrechen vorzugehen und rechtliche Schritte auf allen Ebenen, auch innerhalb der nationalen Gerichtsbarkeit, einzuleiten.“

Shawan Jabarin, Generaldirektor von *Al-Haq*, erklärte: „Palästinenser im Gazastreifen sind an Kontrollpunkten unter Einsatz von Gewalt verschleppt, in Foltergefängnisse unter israelischer Kontrolle verbracht und den extremsten und brutalsten Foltermethoden ausgesetzt worden. Diese abscheulichen Handlungen sind nach internationalem Recht kategorisch verboten. Es ist dringend erforderlich, dass Frankreich seine Staatsangehörigen, die in Gräueltaten, einschließlich Völkermord in Gaza, verwickelt sind, ermittelt, belangt und bestraft“.

Bis heute ist in Frankreich keine gerichtliche Untersuchung eingeleitet worden.

Seit dem 7. Oktober 2023 hat Israels völkermörderische Kampagne in Gaza mindestens 44.000 Palästinenser getötet und weitere 105.000 Palästinenser verwundet. Es gibt eindeutige Beweise für internationale Verbrechen, die von mehreren der fast 4.000 französischen Staatsbürger begangen wurden, die in der israelischen Armee dienen. Bis heute haben die französischen Behörden jedoch keine gerichtlichen Ermittlungen zu diesen Verbrechen eingeleitet.

Raji Sourani, Generaldirektor des *PCHR*, sagte: „Ein Staat, der Demokratie und die Achtung des Völkerrechts für sich in Anspruch nimmt, muss unverzüglich gegen seine Staatsangehörigen ermitteln, die für die Begehung internationaler Verbrechen wie Folter verantwortlich sind, und sie zur Rechenschaft ziehen. Hunderte von französischen Staatsangehörigen sind vermutlich an Verbrechen gegen Palästinenser im laufenden Völkermord gegen Palästinenser im Gazastreifen beteiligt, und die französischen Behörden sind moralisch und rechtlich verpflichtet, die Beteiligten vor Gericht zu stellen. Frankreich darf weder ein sicherer Hafen für Kriminelle sein noch Straffreiheit zulassen.“

Seit dem 7. Oktober 2023 hat die israelische Armee während ihrer Bodeninvasion im Gazastreifen Tausende von palästinensischen Zivilisten in Gewahrsam genommen, darunter Kinder, ältere Menschen, Journalisten und medizinisches Personal. Obwohl die palästinensischen Bewohner des Gazastreifens unter dem Schutz der Vierten Genfer Konvention stehen, hält der Staat Israel sie nach dem Gesetz über ungesetzliche Kombattanten fest. Das Gesetz über die ungesetzlichen Kombattanten wurde von den israelischen Behörden im vergangenen Jahr mehrfach geändert und erlaubt seit seiner letzten Fassung die Inhaftierung von Personen ohne Anklage für 30 Tage. Es verweigert ihnen für mindestens 45 Tage den Zugang zu einem Anwalt.

Während ihrer Inhaftierung und Verbringung sind Palästinenser verschiedenen Formen physischer und psychischer Gewalt, Folter, anderer grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung und Bestrafung sowie dem Verschwindenlassen von Personen ausgesetzt – all dies stellt Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Völkermord dar.

Die Einleitung von Ermittlungen zu Verbrechen, die von Bürgern mit doppelter Staatsbürgerschaft in der israelischen Armee begangen wurden, ist ein wesentlicher Bestandteil der juristischen Antwort, die auf die vom Staat Israel in Gaza begangenen Massengräueltaten gegeben werden muss“, erklärten Alexis Deswaef, Anwalt der Kläger und Vizepräsident der *FIDH*, und Clémence Bectarte, Anwältin und Koordinatorin der *Litigation Action Group* der *FIDH*. Angesichts des Ausmaßes der begangenen Ver-

brechen reichen die Ermittlungen des IStGH nicht aus. Jeder Staat, der seine Gerichtsbarkeit ausüben kann, muss gerichtliche Untersuchungen einleiten.“

„Es ist an der Zeit, dass sich die französische Justiz mit den internationalen Verbrechen befasst, die von französischen Staatsbürgern, die in der israelischen Armee kämpfen, begangen wurden“, sagt Nathalie Tehio, Präsidentin der *LDH*. Die französische Regierung muss sich ihrer Verantwortung stellen. Sie kann nicht zulassen, dass die von ihren Bürgern begangenen Übergriffe ungestraft bleiben.“

Eine erste Anzeige gegen Yoel O. war im April 2024 eingereicht worden. Nach Angaben der Staatsanwaltschaft wurde diese Klage jedoch wegen unzureichender Beweise für die Straftat abgewiesen. Unsere Organisationen reichen diese Zivilklage ein, um gegen die Untätigkeit der Staatsanwaltschaft vorzugehen.

Quelle: <https://pchgaza.org/complaint-filed-against-franco-israeli-soldier-the-french-judiciary-must-open-an-investigation/>

Übersetzung: Pako – palaestiiakomitee-stuttgart.de